Sie betrachten: **23 D - Gewerbegebiet Wahrbrink-West 1 -**

Aktuell

Verfahrensschritt: **Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB**

Zeitraum: 15.12.2011 - 20.01.2012

Bw
20.1.12

[1] Stellungnahme wurde abgegeben!

Sachbearbeiter: Gert Kozik, Administrator

Behörde: Kreis Unna, Koordinierungsstelle

Abgabedatum: Freitag, der 20. Januar 2012 um 10:54:02 Uhr

Aktenzeichen: 17 30 02-10/86

Stellungnahme:

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach eingehender Auswertung der vorgelegten umfangreichen Unterlagen teile ich Ihnen zu den verschiedenen von mir zu vertretenden Belangen folgendes mit.

Aus Sicht des vorbeugenden Gesundheitsschutzes wird bezüglich der in Kapitel 6.2 der Begründung sowie der in der zeichnerischen Darstellung enthaltenen Hochspannungsfreileitung angemerkt, dass dem Bebauungsplanentwurf zu entnehmen ist, dass eine Unterbauung der Freileitung erlaubt werden soll. Schutzabstände im Sinne des Abstandserlasses sind bisher nicht vorgesehen.

Ich weise darauf hin, dass aus Gründen des vorbeugenden Gesundheitsschutzes verschiedene Vorschriften die Einhaltung von Schutzabständen bzw. Grenzwerten verlangen.

Die maßgeblichen Vorschriften gebe ich im Folgenden an:

a) Verordnung über elektromagnetische Felder; 26. BImSchV vom 16. Dezember 1996 (BGBl. I S. 1966): Keine Abstände, sondern Nennung von einzuhaltenden Grenzwerten; richtet sich vordringlich an die Betreiber der in der Verordnung genannten Anlagenarten.

b) Abstandserlass des Landes NRW für die Bauleitplanung (RdErl. d. Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - V-3 - 8804.25.1 v. 6.6.2007):

Punkt 2.5 in Verbindung mit Anhang 4:

Schutzabstände bei Hochspannungsfreileitungen für:

380 kV / 50 Hz 40 m
220 kV / 50 Hz 20 m
110 kV / 50 Hz 10 m
110 kV / 16 2/3 Hz 5 m

c) Hinweise zur Durchführung der Verordnung über elektromagnetische Felder (RdErl. d. Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - V - 5 - 8828 (V Nr. 3/04) - vom 9.11.2004):

Definition des „Einwirkungsbereiches“ von Anlagen, Punkt 3.1.:

Abstände gelten jeweils vom ruhenden äußeren Leiter an.

Insoweit bitte ich noch einmal um Überprüfung der Unterlagen im Hinblick auf die planerische Zielsetzung.

In Bezug auf die von mir zu vertretenden wasserwirtschaftlichen Belange teile ich Ihnen mit, dass bereits im Vorfeld ist die abwassertechnische Erschließung des Gewerbegebietes im Grundsatz vom Kommunalbetrieb Werne mit mir abgestimmt worden (Trennsystem, Regenwasserrückhaltung und Regenwasserklärung erforderlich). Mit Datum vom 11.11.2011 legte die Stadt Werne bei mir die notwendige Anzeige zur Erweiterung des Kanalnetzes nach § 58.1 Landeswassergesetz (LWG), den Antrag zur Genehmigung des notwendigen Regenklärbeckens nach § 58.2 LWG sowie den Antrag nach § 8 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) zur Erlaubnis der Gewässereinleitung einschließlich Regenwasserrückhaltung vor. Mit Datum vom 12.12.2011 wurden die entsprechenden Bescheide bzw. Genehmigung von mir erteilt. Der Bezirksregierung wurde eine entsprechende Anzeige für die Erweiterung des Schmutzwasserkanalnetzes nach § 58.1 LWG vorgelegt.

Dementsprechend können die Hinweise zur Wasserwirtschaft Nr. 1-4 entfallen. Als Ersatz sollte folgender Hinweis aufgenommen werden:

Die Regelungen aus den wasserrechtlichen Bescheiden nach §§ 58.1 und 58.2 Landeswassergesetz

sowie § 8 Wasserhaushaltsgesetz des Kreises Unna und der Bezirksregierung Arnsberg zur abwassertechnischen Erschließung des Planungsgebietes einschließlich Behandlung, Rückhaltung und Ableitung des Niederschlagswassers in das Gewässer Galgenbach sind zu beachten

Hinsichtlich der Auswirkungen auf die im Änderungsbereich befindlichen temporär wasserführenden Gewässer mit Vorflut zum Galgenbach ist durch die Stadt Werne ein wasserrechtliches Plangenehmigungsverfahren nach § 68 Wasserhaushaltsgesetz beantragt worden. Bereits am 17.03.2011 fand ein Scoping-Termin zum wasserrechtlichen Verfahren statt. Die Beteiligung der notwendigen Träger öffentlicher Belange ist abgeschlossen. In Kürze wird die Plangenehmigung von mir erteilt werden.

Aus Sicht des Bodenschutzes und der Altlastensachbearbeitung ist anzumerken, dass im Bereich des geplanten Gewerbegebietes mir derzeit keine Altlasten oder Altlastverdachtsflächen bekannt sind. Die Verwendung von RC-Baustoffen und/oder Reststoffen aus der industriellen Produktion für die Herstellung von Trag- und Gründungsschichten ist auf Grund des geringen Grundwasserabstandes nicht zulässig. Für den Einbau sind nur inerte Baustoffe, wie z.B. Kalksteinschotter, -splitt, Kies etc. zu verwenden.

Folgender Hinweis ist in dem Bebauungsplanentwurf zu ändern bzw aufzunehmen:

- Werden im Zuge der Erdarbeiten/Eingriffe in den Untergrund sensorischen Auffälligkeiten festgestellt, ist die Kreisverwaltung Unna, Fachbereich Natur und Umwelt zu informieren. Die Arbeiten sind sofort einzustellen und das weitere Vorgehen ist mit dem Kreis Unna, Fachbereich Natur und Umwelt, Sachgebiet Wasser und Boden, abzustimmen.

- Innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes ist aus wasserrechtlicher Sicht die Verwertung und der Einsatz von Sekundärbaustoffen (Recycling-Baustoffe/Bauschutt, industrielle Reststoffe) und schadstoffbelasteten Bodenmaterialien im Straßen- und Erdbau (Trag- und Gründungsschichten, Geländemodellierungen und Verfüllungen) ausgeschlossen. Für diese Zwecke sind ausschließlich schadstofffreie natürliche geogene Baustoffe wie z.B. Gesteinsschotter oder -splitt bzw. Bodenmaterialien der Verwertungsklasse Z 0 der LAGA zugelassen.

Hinsichtlich der Belange von Natur und Landschaft teile ich Ihnen mit, dass die nunmehr im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens vorgelegte naturschutzrechtliche Eingriffsregelung vom Grundsatz her nachvollzogen werden kann. Hiernach sind sowohl innerhalb (Maßnahmen A – C sowie D als Erhaltung) als auch außerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans (Maßnahmen A 4-5, A 1CEF-4CEF) Maßnahmen als Ausgleich festzusetzen. Allerdings sieht das zugrundegelegte Bewertungsmodell des Kreises Unna den Biototyp ‚Acker extensiv‘ mit einem Wertfaktor von 0,5 nicht vor (Maßnahme A 2CEF). Da diese Maßnahme vorrangig den artenschutzrechtlichen Bestimmungen dient und sie relativ wenig konkret ökologisches Aufwertungspotential aufweist, wird vorgeschlagen, den Soll-Zustand ebenfalls bei 0,3 Biotopwertpunkten zu belassen. Außerdem erscheint der Wertfaktor für Ackerrandstreifen von 0,6 als zu hoch angesetzt, analog dem Biototyp ‚Brachen jünger fünf Jahre‘ ist ein Biotopwert von 0,5 angemessen (wie auch ‚Schwarzbrache‘). Tab. 7 des LBP ist entsprechend zu ändern. Insgesamt ergibt sich nunmehr ein Defizit in Höhe von 1.657,1 Biotopwertpunkten (anstelle eines Überschusses in Höhe von 6.548,7 Biotopwertpunkten).

Darüber hinaus dienen die Maßnahmen A 1CEF-4CEF den artenschutzrechtlichen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes. Diese Maßnahmen sind im Wesentlichen mit mir abgestimmt. Ich weise an dieser Stelle darauf hin, dass diese Maßnahmen vor Umsetzung des Vorhabens ihre ökologische Funktion erfüllen müssen. Die hierfür erforderlichen Nachweise sind noch frühzeitig vorzulegen, weil erst nach abschließender Beurteilung über die Funktionsfähigkeit durch mich der rechtliche Rahmen für die Zulässigkeit des Vorhabens erreicht ist.

Außerdem ist zu berücksichtigen, dass die aus artenschutzrechtlicher Sicht erforderlichen Maßnahme in den Unterlagen (z.B. Umweltbericht) gesondert zu kennzeichnen sind, da diese im Gegensatz zu den Ausgleichs und Ersatzmaßnahmen der Eingriffsregelung bzw. des Umweltberichtes nicht der planerischen Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB zugänglich sind.

Alle Maßnahmen sind außerdem noch rechtlich zu sichern (sofern noch nicht geschehen) und dauerhaft zu erhalten und zu pflegen. Für die Maßnahmen A 1CEF-3CEF schlage ich aus diesem Grund konkretisierende vertragliche Vereinbarungen vor. Der Kreis könnte zudem hierbei die Verpachtung dieser Flächen direkt übernehmen. Einzelheiten hierzu sind noch im weiteren Verfahren einvernehmlich zu klären. Im Übrigen sieht das Monitoring (Kap. 3.2 Umweltbericht) für alle Maßnahmen eine Umsetzungsfrist innerhalb von drei Jahren vor.

Im Zusammenhang mit dem Monitoring rege ich an die artspezifischen Untersuchungen

- vor Baubeginn
- unmittelbar nach Abschluss wesentlicher Teile des Vorhabens
- nach Ablauf einer artspezifischen Zeitspanne (Erfüllung der vorgezogenen Ausgleichsmaßnahme) durchzuführen und mir für die weitere Beurteilung zur Verfügung zu stellen.

Zur Konkretisierung des weiteren Vorgehens zur Umsetzung der geplanten Maßnahmen rege ich an, sich persönlich auszutauschen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Gert Kozik

Kreis Unna
- Der Landrat -
Stabsstelle Planung und Mobilität
Friedrich-Ebert-Straße 17

59425 Unna

Fon: 02303/27-1461
Fax: 02303/27-2296
e-mail: gert.kozik@kreis-unna.de
URL: www.kreis-unna.de

Nachträge:

Keine Nachträge / Ergänzungen vorhanden.